

Vertrauen in die Demokratie stärken – Das Gemeinsame Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland von April 2019

Eva Senghaas-Knobloch

Im 21. Jahrhundert ist die politische Ordnung der Demokratie auch in Europa nicht mehr unangefochten. In vielen Ländern, auch in Deutschland, haben in den letzten Jahren Parteien und Gruppierungen an Zustimmung gewonnen, die einen vermeintlich einheitlichen Volkswillen gegen die Ordnung politischer Repräsentation in Anschlag bringen, Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken bestrebt sind oder sich offen zur Illiberalität bekennen. Nationalistische und rassistische Parolen sowie Übergriffe gegen Personen in öffentlichen Ämtern sind häufiger geworden; die Europäische Union und internationale Institutionen werden mit Falschinformationen und Schmähreden bekämpft. In dieser Situation haben die evangelische und katholische Kirche im April 2019 noch rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme erhoben und ein Gemeinsames Wort veröffentlicht: »Vertrauen in die Demokratie stärken« (1). Es geht darum, über tagespolitische Sorgen und Aufgaben hinaus, einen Blick auf Entwicklungsnotwendigkeiten der Demokratie zu lenken.

Als bedeutsame Auslöser für Verunsicherung, Vertrauensverlust und offene Ablehnung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten werden die globale Finanzkrise von 2008 identifiziert und die in ihrer Folge als ungerecht wahrgenommenen, politischen Entscheidungen; ebenso der Zuzug einer großen Zahl von Menschen, die vor allem 2015 aus Kriegs- und Krisengebieten Schutz u.a. in Deutschland suchten. Finanzkrise und Flüchtlingszuzug stehen allerdings in Zusammenhang mit langfristigen global-gesellschaftlichen, umweltbezogenen und politischen Entwicklungen. So geht es in dem Gemeinsamen Wort darum, auch tiefer liegende Ursachen für den Vertrauensverlust in die demokratische Ordnung auszuloten, neue Herausforderungen für die demokratische Ordnung zu thematisieren und Wege zu ihrer Stärkung aufzuweisen. Dabei versteht sich das Gemeinsame Wort – entsprechend dem Wesen der Demokratie – als Beitrag zu einer möglichst breiten gesellschaftlichen Debatte darüber, »wie die Zukunft gemeinsam gemeistert werden kann« (2).

Nach einer Vergewisserung über die Aufgaben der Kirchen in der Demokratie werden vier als zentral erachtete Herausforderungen für die Demokratie in der Schrift mit Blick auf politische Handlungsmöglichkeiten aufgewiesen. Es sind diese die weltumspannenden und auch untereinander verbundenen Phänomene: Globalisierung, wirtschaftliche Ungleichheit, Migration und Digitalisierung. Dass auch die Kirchen vielleicht zu wenig getan haben, um die damit verbundenen Fragen und Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger schon früher aufzugreifen, wird selbstkritisch eingeräumt. Es wird auch kein Hehl daraus gemacht, dass sich die christlichen Kirchen in Deutschland nicht schon immer vollen Herzens für die politische Ordnung der Demokratie eingesetzt haben.

Das Verständnis von Demokratie

Nicht zuletzt die politischen und moralischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts hatten den Blick für grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen der christlichen Gewissheit und der Freiheitsorientierung der Demokratie erhellt (3): »Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten bringt d(...)en Freiheitsimpuls des Evangeliums unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck.« (4) Angesichts dieser Erkenntnis sehen sich die Kirchen heute dazu verpflichtet, aktiv für die Demokratie einzutreten. Dabei geht es immer um den Zusammenhang von Demokratie und Rechtsstaat, von Mehrheitsentscheidung und (Minderheiten-)Rechten (5). Demokratie wird als eine Ordnung der Vielfalt begriffen: »Minderheitenrechte sind ein wichtiger Prüfstein für das Gemeinwohl, dennoch können sie auch in Spannung zu demokratischer Willensbildung geraten. Für solche Spannungen sensibler zu werden, ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch eine für uns Kirchen« (6).

Hervorgehoben wird die Unabdingbarkeit rechtlich verfasster Institutionen und Verfahren, insbesondere auch einer unabhängigen Judikative; aber ebenso, dass es zu einer gelebten Demokratie auch der ungeschriebenen Voraussetzungen in Gestalt der verantwortlichen Handlungsweisen bedarf – von der ordnungsgemäßen Bereitschaft aller, ihre Steuern zu bezahlen bis hin zu Wahrhaftigkeit, Respekt vor Andersdenkenden, Kompromissbereitschaft und der Bereitschaft, nicht nur die eigenen Interessen im Blick zu haben, sondern auch das Wohl der politischen Gemeinschaft. Schon im Gemeinsamen Wort von 2006 wurden diese Haltungen und Handlungsweisen als demokratische Tugenden bezeichnet. Dem entspricht in weiter entwickelter Perspektive, dass im Gemeinsamen Wort von 2019 zivilgesellschaftliches Engagement als eine der wichtigen Voraussetzungen der Demokratie besonders hervorgehoben wird und auch auf die Kirchen bezogen wird.

Die vier Herausforderungen

Blickt man aus diesem Demokratieverständnis auf die *Herausforderungen durch Globalisierung*, sehen sich die Kirchen mit ihren globalen Netzwerken in der Verantwortung, für eine globale Ordnungsethik und ein System des geordneten Multilateralismus einzutreten. Dabei kommt es auf eine »wirklich globale Ordnungspolitik an, für die Bündnispartner gewonnen werden müssen.« (7) Es geht darum, gerechte Regeln mit Blick auf Klimawandel, internationale Finanz-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, aber insbesondere auch Arbeitsbedingungen in globalen Zuliefer- und Handelsketten zu schaffen und durchzusetzen, denn im Rahmen der Vereinten Nationen gibt es dafür mit der Internationalen Arbeitsorganisation (die ILO, die in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen begeht) und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (Ruggie-Prinzipien) längst klare, demokratisch legitimierte Grundnormen und Mindestregeln, die weltweit gelten, aber höchst unzureichend umgesetzt werden. Staaten werden darin verpflichtet dafür zu sorgen, dass insbesondere auch mächtige, transnational tätige Unternehmen ihrer Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte nachkommen. Wir Europäer – so heißt es entsprechend – haben »kein Geburtsrecht auf ein besseres Leben« (8), das Milliarden anderen Menschen auf der Welt nicht zustehen würde.

Bei der Aufgabe, ein Europa der Solidarität und des Friedens zu gestalten, kommt der Europäischen Union besondere Aufmerksamkeit zu. Dazu gehört es »den Versuchungen zu wehren, in Europa nur die Verlängerung des eigenen, nationalen Ordnungsschemas zu sehen, sondern aktiv bei der Suche nach Ausgleich und Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen und Überzeugungen mitzuwirken.« (9) Darüber hinaus muss die EU allerdings auch in ihren Außenbeziehungen Korrekturen anbringen. Wenn Glaubwürdigkeit nicht untergraben werden soll, geht es hier vor allem auch um eine nicht widersprüchliche Politik zwischen den verschiedenen Ressorts. »Deutschland und die Europäische Union sollten international einen solchen globalen Multilateralismus fördern und selbst praktizieren, der ordnungspolitische Klugheit mit ordnungsethischer Gerechtigkeit und Fairness verbindet« (10).

Den Herausforderungen der Ungleichheit gilt es angesichts des christlichen Bekenntnisses und sozialetischen Prinzips der »vorrangigen Option für die Armen« im Sinne der Teilhabe und Beteiligungsgerechtigkeit Rechnung zu tragen (11). Dazu ist es nötig, Repräsentationslücken zu schließen, also die Menschen für demokratische Mitgestaltung wieder zu gewinnen, deren Belange keine oder zu wenig Beachtung in politischen Entscheidungen gefunden haben; das Gemeinsame Wort verweist darauf, dass gegenwärtig – anders als es die Demokratie als politische Ordnung der Freien und Gleichen vorsieht – der sozioökonomische Status beispielsweise bei der Wahlbeteiligung eine starke Bedeutung hat. Daher gilt es als notwendig, »wieder alle Menschen spürbar am Wohlfahrtsgewinnen teilhaben zu lassen«.

Untersuchungen haben gezeigt, dass der Mangel an lebensweltlich bedeutsamen (auch öffentlichen) Gütern für viele Menschen eine alltäglich Hauptsorge bildet, die bei den politischen Entscheidungen bisher eine zu geringe Resonanz fand: sei es eine würdige Beschäftigungsmöglichkeit, die zum Lebensunterhalt reicht, eine bezahlbare Wohnung, ein Briefkasten in Laufreichweite oder gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Eine Rückbesinnung auf die zentralen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gilt daher als zentral, um die demokratische Teilhabe zu mehren. Auf jeden Fall, so das Gemeinsame Wort, sind »Appelle zur Selbstoptimierung« oder zur »besseren Erklärung von Politik« ungenügend. Unabdingbar bedarf es dazu der Klärung, auf welchen Ebenen – national, europäisch, international – die sozialstaatlichen Prinzipien durch verbindliche Rahmenbedingungen gestützt werden können, die zu einer globalen, digitalen Wirtschaft passen. Zudem kommt es darauf an, die »Selbstwirksamkeit« eigenen Handelns aller (unabhängig von der Staatsangehörigkeit und unabhängig vom sozioökonomischen Status) in Deutschland lebender Menschen durch Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Die Kirchen möchten dazu noch mehr beitragen. Dies gilt ihnen als zentrale, gesellschaftspolitische Aufgabe, um Teilhabegerechtigkeit und Zusammenhalt im kulturellen, politischen und sozialen Sinn zu stärken.

Die Herausforderungen durch Asyl, Flucht und Migration sind mit Fragen der Zugehörigkeit, Identität und Integration verbunden. Sie werden vor dem Hintergrund des »biblischen Ethos des Schutzes der Fremden und des Gebots der Nächstenliebe« (12) thematisiert. Scharf zurückgewiesen wird der Versuch, eine Ablehnung von

Flüchtlingen aus anderen Kulturkreisen, vornehmlich muslimisch geprägten, mit der Rettung des christlichen Abendlandes begründen zu wollen. Solche Ablehnung wird als Verrat an dem christlichen Gebot der Nächstenliebe markiert. Gleichwohl wird die »Legitimität und Notwendigkeit« anerkannt, zwischen Flüchtlingsschutz und Einwanderung zu unterscheiden. Dabei wird betont, dass die liberale, rechtsstaatliche Demokratie die Gesamtheit der Staatsbürger nicht »völkisch, als Abstammungsgemeinschaft« (13) bestimmt. In einem Einwanderungsgesetz könnte geregelt werden, die verschiedenen Interessenkreise der Migrantinnen und Migranten, der Interessen der Herkunftsländer und der Zielländer wie Deutschland auf faire Weise zu einem Ausgleich zu bringen. Das setzt allerdings ein gemeinsames Handeln in der Europäischen Union voraus, die Größe der Herausforderung macht die »mühselige Suche nach einer innereuropäischen Verständigung in dieser Frage« (14) unausweichlich. Auf jeden Fall wird der ständig beschworene Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichende Antwort erachtet.

Da der »Schutz der Schwachen« gewährleistet werden muss, muss sich die konkrete Verantwortung auch auf eine allgemeine Verantwortung »für das globale Gemeinwohl beziehen.« (15) Hier wird der systemische Zusammenhang zwischen den verschiedenen, weltweit wirkenden Herausforderungen verdeutlicht. Das Gemeinsame Wort zeigt auf, dass es einer politischen Korrektur der nun auch im eigenen Land erfahrbaren Folgen globaler Fehlentwicklungen bedarf, um Vertrauen in die Demokratie wirksam zu stärken.

Die Herausforderungen durch den digitalen Wandel werden umfassend als Herausforderungen sowohl für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand als auch für die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung beschrieben. Digitalisierung ermöglicht demokratische Beteiligung sowie Möglichkeiten zu politischer Manipulation, aber ebenso Machtmissbrauch. Sorgfaltspflicht, kritische Reflexion und »Aufmerksamkeit für das ambivalente Mobilisierungspotential der sozialen Netzwerke« (16) werden als Aspekte der »demokratischen Sittlichkeit« (17) benannt, auf die ein demokratisches Gemeinwesen angewiesen ist. Und es wird daran festgehalten, dass es starke Erfahrungen leibhafter Begegnung und direkter demokratischer Auseinandersetzungen geben muss. Dabei wollen die Kirchen ein Ort »inklusive demokratischer Grunderfahrung in der Begegnung der Verschiedenheit« sein (18).

Zusammenfassend heißt es: »In einer Demokratie darf es keine ‚Abgehängten‘, ‚Zurückgelassenen‘ und ‚Vergessenen‘ geben, sondern sie lebt von der Teilnahme und Teilhabe aller« (19). Europa muss als Union der Bürgerinnen und Bürger, als Projekt des Friedens, der Solidarität und der Versöhnung erfahrbar werden. Die Festigung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bedarf gemeinsamer Regeln sowohl für einen solidarischen Ausgleich als auch mit Blick auf Asyl- und Einwanderungspolitik. Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, müssen die »sozialen Ausgrenzungen und Spaltungen nachhaltig« überwunden werden, wie es »der Würde der Bürgerinnen und Bürger als Souverän des demokratischen Staates« entspricht (20). Die Kirchen betonen die universalen Menschenrechte und stellen sich gegen jede Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt, gegen Antisemitismus und Antijudaismus und alle anderen Formen religiöser Diskriminierung und des Rassismus.

Daraus folgt eine doppelte Aufgabe für die Stärkung der Demokratie: »Die zu uns Gekommenen sollen heimisch werden in dem für sie neuen Land – und den Einheimischen soll ihr Land als Heimat nicht fremd werden.« (21)

Zum Schluss

Das Gemeinsame Wort wendet sich gegen totalitäre Ideologien, illiberale Gesellschaftskonzepte und einen religiösen Fundamentalismus, der auf Abwertung Andersgläubiger zielt. Christlicher Glaube – so wird betont – ist nicht von sozialer Praxis und damit auch nicht von Politik zu trennen. Das gilt in konkreten politischen Auseinandersetzungen in der pluralistischen Gesellschaft, vor allem aber mit Blick auf den Freiheitsimpuls und die Überzeugung, dass alle Menschen gleich an Würde und Rechten sind.

Welche Impulse für den notwendigen Wandel zur Festigung des Vertrauens in die Demokratie erfolgreich sein werden, ist nicht im Vorhinein planbar. Die Wahl zum Europäischen Parlament, die inzwischen im Mai 2019 erfolgte, wurde von Stimmen junger Menschen begleitet, die sich europaweit und darüber hinaus für eine Beachtung des globalen Klimawandels einsetzen und entschlossen eine dezidierte Politik des Klimaschutzes einfordern, national, europäisch, weltweit. Sie sehen ihre eigene Zukunft gefährdet, drängen auf verschiedenen Wegen auf einen konkreten Politikwandel und setzen darauf, dass es dabei gerecht zugehen kann und muss. Sie vertrauen darauf, dass sie gehört werden. Vorschläge liegen auf dem Tisch, die Politik steht in der Pflicht, die Blockaden gegen die nötigen Veränderungen zu überwinden (22). Das Gemeinsame Wort der Kirchen hat den Klimawandel und die Notwendigkeit von Bündnissen zur Bearbeitung dieses existenziellen Problems im Zusammenhang mit zentralen, weltweiten Herausforderungen für die Demokratie benannt; die junge Generation hat jetzt das demokratische Meinungsbild positiv erweitert. Dies Vertrauen darf nicht beschädigt werden.

Anmerkungen

Dieser Beitrag sowie die in den Anmerkungen genannten Seitenzahlen beziehen sich auf den Text »Vertrauen in die Demokratie stärken«, der 2019 als gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland erschienen ist. Die Veröffentlichung steht unter www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/gemeinsame_texte_26_demokratie_2019.pdf zum Lesen zur Verfügung.

(1) Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland: Vertrauen in die Demokratie stärken. Gemeinsame Texte 26, Bonn/Hannover 2019. An dem Gemeinsamen Wort haben auf Seiten der evangelischen Kirche Mitglieder der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD und auf Seiten der katholischen Kirche Mitglieder der Kommission VI Deutschen Bischofskonferenz mitgewirkt. Dem Gemeinsamen Wort liegt ein sich über 2 Jahre erstreckender Diskussionsprozess zu Grunde.

(2) S. 12

(3) Siehe dazu die Denkschrift der EKD „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe von 1985, die Sozialenzyklika „Centesimus annus“ von Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991 und das Gemeinsame Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Demokratie braucht Tugenden“ aus dem Jahr 2006.

(4) S. 27

(5) S. 23

(6) S. 24

(7) S. 32

(8) S. 39

(9) S.31

(10) S. 33

(11) vgl. S. 33ff

(12) S. 37

(13) S. 37

(14) S. 39

(15) S. 40

(16) S. 41f

(17) vgl. u.a. S. 48ff

(18) S. 42

(19) S. 43f

(20) S. 46

(21) S. 47

(22) Das Klima kippt, und die soziale Balance kippt mit. Die Wahlen waren eine Lektion für die ewigen Blockierer: Umweltschutz ist gerecht zu gestalten, FAZ vom 28. Mai 2019, S. 9.

Autor

Eva Senghaas-Knobloch, Prof. em. Dr. phil., Soziologin und Politikwissenschaftlerin, Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec), engagiert in der Arbeits-, Friedens- und Konfliktforschung; langjähriges Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie war Mitglied der ökumenischen Arbeitsgruppe, die das Gemeinsame Wort erarbeitet hat.

Kontakt

Universität Bremen

Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch

Enrique-Schmidt-Straße 7

28359 Bremen

E-Mail: esk@uni-bremen.de

Web: www.uni-bremen.de/artec/mitglieder/eva-senghaas-knobloch/

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de